

DER LANDTAG SCHLESWIG



HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

19/2000

Kiel, 25. Januar 2000

Veranstaltungsreihe „Rollendes Podium“ ein voller Erfolg

Kiel (SHL) – *Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Helmut Frenz, bilanzierte nach der Abschlussveranstaltung am 24.01.2000 in Husum aus der Reihe „Rollendes Podium“:*

Rückblickend stelle ich fest, dass es gelungen ist, eine sachliche Debatte über eine angemessene Flüchtlings- und Migrationspolitik in Schleswig-Holstein zu führen. Die vertretenen Parteien (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P., SSW) haben die Gelegenheit genutzt, ihre diesbezügliche Politik vorzustellen, ohne das Thema populistisch zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Dabei konnte in weiten Bereichen partiübergreifender Konsens festgestellt werden. So bekennen die Parteien sich inzwischen mehrheitlich dazu, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und auf Einwanderung zukünftig angewiesen sein wird.

Anhand des Themas der Abschlussveranstaltung „Bargeld statt Gutscheine“ in Husum, an der auch der Landrat des Kreises Nordfriesland, Dr. Olaf Bastian (CDU), teilnahm, wurde einmal mehr deutlich, dass die auf der Grundlage des Asylkompromisses von 1992 gültigen Gesetze änderungsbedürftig sind. So sind vor allem die einschränkenden Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes unangemessen; denn in Wirklichkeit handelt es sich nicht um ein „Leistungsgesetz“ als vielmehr um ein „Leistungs-

ausschlussgesetz“. In Teilen dieses Gesetzes sind eindeutig diskriminierende Maßnahmen vorgesehen. Alle waren sich einig, dass diese diskriminierenden Vorschriften aus der Situation einer starken Zuwanderung herausentstanden sind; die heute so nicht mehr auftritt. Aus dieser Posi-

Herausgegeben von
der Pressestelle
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages
in 24105 Kiel,
Landeshaus,
24171 Kiel,
Postfach 7121;
Tel. (0431) 988
Durchwahl App.
1120 bis 1125
und 1116 bis 1118
Fax (0431) 988 1119
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler
Internet: <http://www.sh-landtag.de>
E-Mail: Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de

*Diese Pressemitteilung ist auch über das Internet abrufbar: www.sh-landtag.de
oder in Form des Pressetickers unter www.ltsh.de bzw. www.parlanet.de.
Über den Presseticker können die Pressemitteilungen auch per E-Mail direkt abonniert werden.*

tion heraus fällt es den Politiker heute auch leichter, den menschenunwürdigen Charakter dieser Gesetzgebung zu erkennen. Deshalb waren sich die Podiumsteilnehmer darin einig, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden sollte.

Bezogen auf das Thema „Bargeld statt Gutscheine“ versprach auch der Landrat, zu prüfen, inwieweit der Einsatz einer Geldkarte auch für Asylbewerber in Frage komme. Diese ist weitaus weniger diskriminierend als die ausgegebenen Gutscheine, die außerdem auch einen finanziellen Verlust für die annehmenden Geschäftsleute mit sich bringen und der Verwaltung einen zusätzlichen Kostenaufwand von über 10.000,- DM verursachen. So gab der Landrat zu verstehen, dass erfreulicherweise auch unter den Landräten in Schleswig-Holstein die Front derjenigen bröckele, die die uneingeschränkte Anwendung der asylrechtlichen Sondervorschriften befürworteten.